



NEUE REPUBLIK

www.rep.de | Politik – Wirtschaft – Soziales | Parteizeitung der REPUBLIKANER | Ausgabe Oktober 2009 (Nr. 10/09)

Neue Regierung, alte Probleme

Der Regierungswechsel ist da. Die SPD scheidet aus der großen Koalition aus, Kanzlerin Merkel regiert künftig mit der FDP. Eine Wende in der deutschen Politik wird es aber auch mit den Liberalen nicht geben.



Bild: pinello, Dieter Schütz

Die Union, trotz „Kanzlerbonus“ deutlich abgestraft, hat daran auch kein Interesse. Ihr geht es nur um Ämter und Posten, hat selbst der neue Koalitionspartner schon befremdet festgestellt. Längst sind CDU und CSU nichts anderes als eine weitere sozialdemokratische Partei. Die Konservativen, die Angela Merkel noch nicht vertrieben hat, kehren ihr in Scharen den Rücken. Als bald schon ehemalige „Volkspartei“ folgt sie der SPD auf dem Weg in die Beliebigkeit. Vom Volk spricht man in beiden Parteien schon lange nicht mehr.

Und die FDP? Sie ist zwar die letzte nicht-sozialistische Partei im Bundestag und hat schon deshalb viele enttäuschte Unionswähler eingesammelt; aber längst nicht so viele, wie zu den Nichtwählern gewechselt sind. Doch was Werte

und Familie, Schule und Bildung, Einwanderung, Integration oder Europapolitik angeht, sind die Liberalen genauso linksgerichtet wie alle anderen.

Konservative sind in den Altparteien schon lange heimatlos. Freiheitliche finden bei der FDP zwar in Steuer- und Wirtschaftspolitik gute Ansätze, müssen dafür in der Gesellschaftspolitik aber zu viele linksliberale und werterelativistische Kröten schlucken.

Im deutschen Parteiensystem fehlt eine freiheitlich-konservative Kraft, die Union und FDP von rechts unter Druck setzt.

Es fehlt eine Partei, die für Ehe, Familie und Elternrecht eintritt und gegen Krippensozialismus und „Gender Mainstreaming“ kämpft. Eine Partei für Bevölkerungspolitik und Lebensschutz, gegen Abtrei-

bung und schrankenlosen Egoismus. Für Einwanderungsbegrenzung und eine Integrationspolitik, die an nationaler Identität und Staatsloyalität ausgerichtet ist. Für Bürgerfreiheit und Eigenverantwortung, für Steuergerechtigkeit und soziale Sicherungssysteme nach dem Prinzip von Loyalität, Leistung und Gegenleistung. Für einen Staat, der Recht, Gesetz und Bürgersicherheit kompromisslos durchsetzt und dabei Bürgerrechte und Meinungsfreiheit unbedingt achtet und das Privateigentum schützt. Für einen Staat schließlich, der nationale Souveränität und deutsche Interessen in der europäischen und internationalen Politik zur obersten Richtschnur macht.

Hier liegt die Chance der Republikaner im 21. Jahrhundert.

Sozialdemokratie vor dem Untergang

Der Sturz der Sozialdemokratie in den linken Abgrund vollzieht sich in atemberaubender Geschwindigkeit. Wenige Tage nach dem Wahldebakel sind die Weichen für eine künftige Volksfront-Koalition mit den Kommunisten gestellt.

Die Befürworter eines Schulter-schlusses mit den Kommunisten sind in die erste Reihe gerückt. Die ewige Funktionärin und Linksideologin Andrea Nahles übernimmt

das Amt des Generalsekretärs, Berlins rot-roter Klaus Wowereit wird stellvertretender Parteivorsitzender. Die Parteispitze übernimmt Luftikus Sigmar Gabriel – ein Leichtge-

wicht, das sich dem Linksabsturz nicht widersetzen wird. Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier wird als Fraktionsvorsitzender eine Übergangslösung sein.

Die Linkspartei ist dagegen auf dem Vormarsch. In zwei Bundesländern ist sie stärkste Kraft, auch im Westen ist die **Mauermörder-Partei** jetzt fest etabliert. Für die SPD-Parteilinke ist sie der Wunschpartner. Den nächsten Bundestagswahlkampf wird die SPD im Zeichen von Rot-Blutrot-Grün führen.

Union und FDP haben keinen Gegenwurf, den sie der sich abzeichnenden Volksfront entgegenstellen könnten. Deshalb braucht

Deutschland ein starkes freiheitlich-konservatives Gegengewicht auf dem rechten Flügel, um den nächsten Griff der Kommunisten nach der Macht zu vereiteln. Die Stunde der Republikaner wird kommen.



DEUTSCHLAND

Linker Terror geht weiter

Brennende Autos, angegriffene Polizisten gehören in Berlin zum Alltag – vor und nach der Wahl. Der linksextreme Terror geht weiter: Im Internet rufen sogenannte „Autonome“ jetzt sogar öffentlich zum Mord an einem Staatsanwalt auf.

Oberstaatsanwalt Ralph Knispel ist Ankläger im Prozess gegen zwei Randalierer der Krawalle vom diesjährigen 1. Mai. Yunus K. und Rigo B. sollen einen Brandsatz auf Polizisten geworfen und dabei eine Frau verletzt haben. Die Linksextremisten wünschen dem Staatsanwalt in einem anonymen Mordaufruf, „dass er so endet wie KHK Uwe Lieschied an der Hasenheide“ – der Hauptkommissar war im Frühjahr 2006 in Neukölln von einem Kurden brutal ermordet worden.

Bürgerkriegsähnliche Zustände darf ein demokratischer Rechtsstaat nicht dulden. Sämtliche Bundesregierungen, ob rot-grün oder schwarz-rot, haben „gegen rechts“ Millionen im Kampf gegen ein ideologisches Phantom versenkt und damit diesen linksextremistischen Terror erst finanziert und möglich gemacht. Jetzt ist es höchste Zeit für einen „Kampf gegen links“. Hat die neue schwarz-gelbe Regierung den Mut dazu? Auch daran wird ihre Arbeit gemessen werden.

Republikaner stellen sich neu auf

Die Republikaner haben bei dieser Bundestagswahl ihr Wahlziel klar verfehlt. Das Potential für eine demokratische Rechtspartei konnte bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Ein bloßes „Weiter so“ kommt nach diesem Ergebnis nicht in Frage.



Die Republikaner müssen jetzt mit einem neuen Image Medienblockade und Diffamierung durchbrechen. Die Bürger sollen die Republikaner als zukunftsorientierte rechtsdemokratische Partei erfahren, die sich von den verstaubten Klischees von gestern befreit hat. Dazu muss vieles auf den Prüfstand gestellt werden; Erscheinungsbild und Programm werden grundlegend überarbeitet.

Der baden-württembergische Landesvorsitzende Ulrich Deuschle hat aus dieser Erkenntnis bereits Konsequenzen gezogen und für die

Landtagswahl 2011 das „Projekt 7%“ als Ziel ausgegeben. Programmatisch wollen die Südwest-Republikaner ihren Schwerpunkt auf die Facharbeiterschaft und den Mittelstand legen und die „pseudosoziale Politik der Linkspartei, die schon die DDR finanziell ruiniert hat“, entlarven.

Die Republikaner stellen sich neu auf. Sie werden Antworten geben auf die drängenden Sorgen und Probleme, die die Bürger in unserer Zeit bestimmen:

- Wie die Staatsverschuldung, Wirtschafts- und Finanzkrise in den

Griff zu bekommen ist

- Wie die drückende Steuerlast gesenkt werden kann
- Wie das Gesundheitswesen wieder leistungsfähig und bezahlbar wird
- Ob Bürgerrechte wirklich Bürgerrechte sind
- Wie die Altersversorgung für die junge Generation gewährleistet und
- Wie ein drohender sozialer Abstieg und Wohlstandsverlust vermieden werden kann.

Die Zeichen stehen auf Neuanfang. Die Zeit ist reif!

DEUTSCHLAND

Abstimmung nach Abstammung

Die Wahl haben sie diesmal wohl nicht entschieden. Aber ein wichtiger politischer Faktor sind die rund 700.000 eingebürgerten und wahlberechtigten Türken in Deutschland trotzdem. Ihre Funktionäre wissen das und deutsche Politiker biedern sich ihnen eifrig an.

Kanzlerin Merkel hat diesmal den Vogel abgeschossen. Drei Tage vor der Wahl buhlte sie auf der Titelseite der Zeitung „Hürriyet“ um türkische Stimmen: „Wir brauchen euch, damit Deutschland seinen sozialen Wohlstand behalten kann.“ In türkischer Sprache natürlich, auf deutsch klingt dieser Satz auch zu verrückt.



Die Wahlstatistik zeigt allerdings: Je höher der Ausländeranteil in einem Wahlbezirk, desto mehr Stimmen erhalten Grüne und SPD. Der Appell von Frau Merkel dürfte daher weitgehend ungehört verhallt sein. Um so mehr, als türkische Wähler bevorzugt Landsleute wählen. Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, hat vor der Wahl ausdrücklich dazu aufgerufen. Die Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt diese Abgrenzungstendenzen dabei mit einer Wahlinformationsbroschüre auf türkisch.

15 Abgeordnete „mit Migrationshintergrund“ gehören dem neuen Bundestag an – mehr als je zuvor. Die meisten haben türkische oder iranische Vorfahren. Fünf Mandatsträger aus Einwandererfamilien sitzen in der Grünen-Fraktion, vier bei der SPD, drei bei den Kommunisten.

Dagegen findet sich auch in diesem Bundestag kein einziger deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa, obwohl diese Gruppe zahlenmäßig noch stärker ist als die der türkischen Einwanderer. Doch wer sich unauffällig assimiliert, arbeitet und Steuern zahlt, der wird auch nicht besonders umworben.



„Schäuble-Stasi“? Nein danke!

Wenige Tage vor der Wahl ist durchgesickert, was Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble auf das Arbeitsprogramm der neuen Regierung setzen möchte: Der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ soll zahlreiche neue Kompetenzen bekommen, die bisher nur Polizei und Justiz zustehen, und zur „allgemeinen Sicherheitsbehörde“ ausgebaut werden: Zur „Schäuble-Stasi“.

Ein Geheimdienst, der die eigenen Bürger bespitzelt, ist in einem demokratischen Rechtsstaat an sich schon eine bedenkliche Sache. Die geplante Vermengung von Geheimdienstaktivitäten und Polizeiaufgaben sei ein eklatanter Verstoß gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Geht es nach Schäuble, bekommen die Schlapphüte die Lizenz zur unbegrenzten Online-Durchsu-

chung und zum Zugriff auf Daten der Vorratsdatenspeicherung, der schon bei Polizei und Justiz umstritten ist. Der „genetische Fingerabdruck“ soll Routinemaßnahme werden – der Einstieg in die totale Genkartierung der Bevölkerung. Und sogenannte „Verdeckte Ermittler“ sollen die Erlaubnis bekommen, auch schwere Straftaten zu begehen.

Das kommt einem gezielten Verfassungsbruch gleich. „Wir wollen keine Totalüberwachung durch

eine ‚Schäuble-Stasi‘ in Deutschland“, sagte der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer zu den Plänen des Bundesinnenministers. „Wir brauchen einen starken Staat, aber keine Geheimdienstkrake, die jeder rechtsstaatlichen Kontrolle entzogen bleibt.“

Der nachgewiesene parteipolitische Missbrauch des sogenannten Verfassungsschutzes zum Machterhalt, die Unfähigkeit zur Bekämpfung der verfassungsführenden organisierten Krimi-

nalität und das Versagen bei der Aufklärung des Islamismus haben nach Ansicht der Republikaner die Verfassungsschutz-Behörden nachhaltig diskreditiert.

Vor allem der umstrittene Einsatz sogenannter Verdeckter Ermittler muss streng begrenzt werden. Seit dem Fall des Beamten ‚Axel Reichert‘, der in Baden-Württemberg eine Neonazi-Kameradschaft aufgebaut und dafür junge Leute rekrutiert und indoktriniert hatte, weiß man, wohin das führt.

Katzenjammer bei den Katholiken

In der deutschen Bischofskonferenz herrscht Alarmstimmung. Mehr als 120.000 Katholiken haben im vergangenen Jahr ihrer Kirche den Rücken gekehrt – über 25 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Die Zahl der Kircheng Austritte wird künftig wohl dauerhaft über 100.000 pro Jahr liegen.

Die Bischöfe sind ratlos, murmeln etwas von der Wirtschaftskrise, die die Leute verleite, die Kirchensteuer „sparen“ zu wollen. Warum aber halten immer mehr Katholiken ihre Kirchenzugehörigkeit für entbehrlich? Darauf wissen die Hirten keine Antwort.

Vielleicht sollten sie es einmal mit Selbstkritik versuchen. Auch in der katholischen Kirche greift der vom Papst kritisierte Werteverfall um sich, sucht man sein Heil immer öfter in der Anbiederung an den Zeitgeist. Beim ebenso modischen wie sinnlosen „Dialog“ mit Muslimen mischen auch katholische Würdenträger eifrig mit, und mancher Kleriker demonstriert Schulter an Schulter mit der gottlosen Antifa „gegen rechts“.

Mag sein, dass eine prinzipienfeste Kirche kleiner wäre als eine von der Kirchensteuerbürokratie verwöhnte. Dafür aber wäre sie ernster zu nehmen. In der Krise liegt auch immer eine Chance.



Bild: pixelio, S. Fries



Kassensturz

Nach der Wahl ist Schluss mit lustigen Wahlversprechen. Die erste Pflicht der neuen Regierung wird ein ehrlicher Kassensturz sein. Dann muss der Haushalt saniert werden, ohne die Bürger noch weiter auszuplündern.

Das Statistische Bundesamt hat bereits erste Zahlen geliefert. Das Staatsdefizit hat im ersten Halbjahr 2009 57,2 Milliarden Euro erreicht – 50 Milliarden mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Das Gesamtdefizit ist dank der Milliardenausgaben für die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise auf 1,7 Billionen Euro gestiegen. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen rapide; rund zehn Prozent betrug das Minus im August.

Steuern zu erhöhen wäre jetzt der falsche Weg. Im Gegenteil: Die geschröpfte, gebeutelte und ausgeplünderte Mittelschicht, die den Staat am Laufen hält, muss entlastet werden. Und zwar nicht nur symbolisch.

Der einzige Weg dazu ist eine drastische Kürzung der Staatsausgaben. Alles muss jetzt auf den Prüfstand: Die Subventionen für Randgruppen und Lieblingswählerklientele, die verborgenen Einwanderungs- und Integrationskosten, die Ausgaben für internationale Kriege und Militäroperationen und die Beiträge zu internationalen Organisationen.

Ohne entschlossene Einschnitte in diesen Bereichen wird es weder sanierte Haushalte noch eine Einlösung der Steuersenkungsversprechen von Union und FDP geben.

Islamisierung am Gymnasium

Berlin ist nicht nur die Heimat der Currywurst. Auch Extrawürste für Muslime werden in der Hauptstadt gern gebraten. Das Verwaltungsgericht erlaubte jetzt einem Gymnasiasten, Sohn eines eifrigen Konvertiten, auch an der Schule in einem eigens zugewiesenen Raum zu beten.

Jetzt muss also das Gymnasium im Wedding einen Muslim-Gebetsraum einrichten, nachdem der rot-rote Senat systematisch das Christentum aus den Berliner Schulen vertrieben hat. SPD-Innensenator Ehrhart Körting geht ja auch lieber zum Ramadan-„Fastenbrechen“ der vom Verfassungsschutz beobachteten „Milli Görüs“, als dass er mal öffentlich eine Kirche besuchen würde.

Dass die Entscheidung ein „Einzelfall“ bleibt, kann nur glauben, wer die Augen ganz fest zumacht. Die türkischen Mitschüler feiern den 16-jährigen Gymnasiasten schon als „Helden“. Man darf darauf warten, dass demnächst in Schule und Arbeitsleben die Berücksichtigung islamischer Feiertage gefordert wird. Und wenn an einer Neuköllner Schule mit 90 Prozent Ausländeranteil auf einmal alle beten wollen, wird dann die Turnhalle für die Muslime geräumt? Die nächste Forderung werden getrennte Gebetsräume für Mädchen und Jungen sein.

Die Republikaner sagen: Schluss mit der schleichenden Islamisierung. Keine Sonderrechte für Islam-Fanatiker. Vielmehr sollten christliche Schüler jetzt auf die Einrichtung von Gebetsräumen bestehen.

Mehr Informationen zur demokratischen Rechten in Deutschland: www.rep.de



Der Zahlmeister ist pleite

Fast neun Milliarden Euro hat Deutschland im Jahr 2008 mehr nach Brüssel überwiesen, als aus EU-Töpfen nach Deutschland zurückgeflossen ist. Geld, das zur Sanierung des überschuldeten Staatshaushalts dringend fehlt.

Laut aktuellem Finanzbericht der EU-Kommission haben die deutschen Nettozahlungen mit 8,8 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr weiter zugenommen. Deutschland trägt als größter Nettoszahler die Hauptlast der EU-Finanzierung.

Das meiste davon verschwindet im aufgeblähten EU-Apparat und in der ineffektiven Agrar-Planwirtschaft, die von Grund auf neuorganisiert werden muss. Die kostspielige

EU-Umverteilungsmaschinerie ist überholt: Sie bewirkt lediglich, dass bei den Hauptempfängerländern dringend notwendige Reformen und Verbesserungen unterbleiben, weil Handaufhalten einfach bequemer ist.

Der überhöhte deutsche Netto-Beitrag ist im übrigen nur die Spitze des Eisbergs. Deutschland subventioniert über den Euro Zinsverbilligungen für die europäischen Inflations- und Schuldenmacherstaaten und muss zudem Guthaben aus

Außenhandelsüberschüssen an die EZB abtreten. Das ganze Ausmaß der indirekten deutschen Transferleistungen an die EU übersteigt die Nettobeiträge nach unabhängigen Schätzungen um ein Vielfaches.

Die Konsequenz kann nur lauten: Sofortige Kürzung der Zahlungen an die EU. Der Zahlmeister ist selbst fast pleite. Wenn die neue Regierung den Mut zu diesem Schritt nicht findet, wird sie scheitern.

KOMMENTAR ...

Herbst der Arbeitslosen

Lange werden die Dämme der Kurzarbeit nicht mehr halten. Immer mehr Unternehmen gehen dazu über, Arbeitsplätze abzubauen. Die Sozialsysteme geraten unter Druck.

Dieser Herbst könnte ein Herbst der Arbeitslosen werden. Noch ist der Anstieg der Erwerbslosenzahlen vergleichsweise moderat. Das wird sich rasch ändern, wenn nach dem Auslaufen des Abwrackprämien-Strohfeuers die Wirtschaftskrise mit um so größerer Wucht auf die Automobilbranche durchschlägt. Gerade in einem überalterten Land wie Deutschland sind die Sozialsysteme durch steigende und lange Arbeitslosigkeit in Gefahr, zusammenzubrechen. Die Ausgaben werden rasant ansteigen, während die überlastete Mittelschicht, die den Umverteilungsstaat finanzieren muss, weiter schrumpft und bedrängt wird.

Die neue Regierung kann nicht lange abwarten. Sie muss die Staatsausgaben reduzieren. Auch Einschnitte bei den Sozialausgaben dürfen kein Tabu sein. **Vor allem muss genau geprüft werden, wer Anspruch auf Leistungen aus den Solidarsystemen hat. Nicht jeder, der sich in unserem Land niedergelassen hat, kann dauerhaft soziale Fürsorge auf höchstem Niveau ohne Gegenleistung beanspruchen.**

Räumt auf in der Gesundheitspolitik!

Scheitert die FDP mit ihrem Versprechen, den Gesundheitsfonds abzuschaffen? Die Kanzlerin stellt sich stur. Dabei ist es dringend notwendig, im Gesundheitschaos endlich aufzuräumen.

Die CSU, die im Wahlkampf noch großmütig Front gegen den verkorksten Gesundheitsfonds gemacht hatte, macht jetzt windelweiche Kompromissvorschläge: Der Fonds soll „regionalisiert“ werden. An der bürokratischen Geldverschwendung wird das wenig ändern.

Und das ist nicht die einzige Baustelle. Von diesem Monat an wird die „elektronische Gesund-

heitskarte“ in der Region Nordrhein getestet. Bis Ende nächsten Jahres soll sie bundesweit eingeführt werden. Ein „gigantisches Datenmonster“, kritisiert die Freie Ärzteschaft.

Statt immer neue bürokratische Geldvernichtungsapparate aus der Taufe zu heben, muss die Verschwendung im System abgestellt werden, damit weiter alle Bürger

jederzeit Zugang zu allen medizinisch notwendigen Leistungen haben und die wohnortnahe Versorgung durch niedergelassene Ärzte erhalten werden kann.

Die Reduzierung der Verwaltungskosten in den gesetzlichen Kassen, beispielsweise durch Zusammenlegung und die Streichung von Transferleistungen an im Ausland lebende und kostenlos mitver-



sicherte Familienangehörige von Einwanderern, wäre dazu ein erster Schritt.

Staatsgewalt auf dem Rückzug

ZITAT:

Staat ohne Courage

„Die Polizei hat sich aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen, und zwar gerade dort, wo es gefährlich ist, wo die öffentlichen Verkehrsmittel Menschen verbinden und zusammenzwingen, die einander sonst aus guten Gründen aus dem Wege gehen. Nichts anderes bedeutet die feige, bigotte Forderung von Polizisten, Polizeigewerkschaftern, Polizei-Psychologen und Politikern, die Gesellschaft solle gefälligst selbst für ihre Sicherheit sorgen. Zivilcourage soll die Staatsgewalt ersetzen, der Gewaltmonopolist bringt nicht einmal Amtscourage auf, flieht aus der Pflicht.“

Volker Zastrow, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 27.9.2009

Dominik Brunner war ein Held. Weil er sich vor bedrohte Kinder stellte, wurde er von zwei drogensüchtigen Gewalttätern totgeschlagen. Am helllichten Tag, auf einer Münchner S-Bahn-Station.

Um so abstoßender die billige Effekthascherei der Altparteien, voran die CSU. Parteichef Horst Seehofer forderte mal wieder eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Das fordern die Republikaner seit vielen Jahren und Seehofer hätte das schon längst durchsetzen können.

Die wohlfeilen Wahlkampfsprüche lenken ab von einem eklatanten Staatsversagen. Schärfere Strafen allein machen die Straßen für die Bürger nicht sicherer. Dafür braucht es vor allem: **Mehr Polizei. Mit guter Ausrüstung und mit zum Kampf gegen die Kriminalität entschlossenen Politikern, die ihnen den Rücken stärken.**

Statt dessen hat seit dem Jahr 2000 die Zahl der Polizisten in Deutschland um 9000 Beamte abgenommen. An diesem Rückzug der Staatsgewalt sind alle Altparteien schuld – **auch die CSU.** Statt heuchlerisch einen tapferen ermordeten Bürger zu betrauern und dann zur Tagesordnung überzugehen, müssen sie ihrer Verantwortung gerecht werden und die Bürger schützen. Diese Aufgabe kann dem Staat niemand abnehmen.

ZUR SACHE:

Jeder zweite geduldete Ausländer lebt von Sozialhilfe

Jeder zweite geduldete Ausländer konnte zum Stichtag 28. Februar die für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis geforderte geregelte Arbeit nicht nachweisen.

Mehr als die Hälfte lebt von Sozialhilfe. Von 35.128 Antragstellern zum 30. Juni erhielten nur 6.901 eine Dauer-Aufenthaltserlaubnis. Doch trotz Wirtschaftskrise wollen Grüne, Linkspartei und CDU Nordrhein-Westfalen die Durchgefallenen nicht abschieben. Ausländerbeauftragte Maria Böhmer will eine „humanitäre Lösung“.

Im Klartext: Dafür müssen wir alle bezahlen.

Kommunistischer Freibrief zum Kindermord?

Dass Abtreibung kein Mord sei, weil das ungeborene Kind noch kein Mensch sei, diese kaltschnäuzige Denkweise von Abtreibungsideologen ist bekannt. Die Lübecker Linken-Abgeordnete Asja Huberty glaubt allerdings, dass Kinder erst zwischen dem zweiten und dritten Lebensjahr zu Menschen werden. Darf man demnach also auch Kleinkinder straffrei umbringen?

Ein Beitrag, den die Kommunistin am 17. Juni 2009 auf den Internetseiten von „Die Linke Schleswig-

Holstein“ veröffentlichte, legt das zumindest nahe. Das Selbstbewusstsein bilde sich zwischen dem zweiten und

dritten Lebensjahr; die „Menschwerdung findet statt, indem sich das Kind aus den [...] Wahrnehmungsmöglichkeiten des Tieres befreit“. Ein Embryo oder Fötus befindet sich noch im Dämmerzustand einer Pflanze oder „im besten Falle auf der evolutionären Stufe mit einer Kaulquappe, aber ganz sicher nicht mit einem Menschen. [...] Ein Schwangerschaftsabbruch kann demnach niemals als ‚Mord‘ bezeichnet werden, da schlicht niemand ermordet wird.“ Konsequenz zu Ende gedacht, ist für die Kommunistin Huberty

demnach auch die Tötung eines Zweijährigen kein Mord, denn für sie ist er ja noch kein Mensch.

Die Linksextremistin entlarvt damit die brutale Logik der Abtreibungsfreigabe: Wenn man störende Kinder im Mutterleib töten darf, warum dann nicht auch nach der Geburt? Nachdem sich kritische Kommentare häuften, nahm „Die Linke“ den zynischen Artikel erst mal vom Netz. Seine Denkweise steckt in den Köpfen von Huberty und Gesinnungsgenossen mit Sicherheit noch immer drin.

„Türkische Wärmestuben bringen die Stadt nicht voran“

Tabubrechern bläst der Wind ins Gesicht.

Der zur Bundesbank aufgerückte ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin hat die Verhältnisse im multikulturellen Berlin ungeschönt analysiert. Dafür bezog er Prügel von allen Seiten.



SPD-Mann Sarrazin hat im Interview mit der Berliner Kulturzeitschrift „Lettre international“ im Grunde nur ausgesprochen, was viele denken und wissen: Ein Großteil der eingewanderten Türken und Araber sei „weder integrationswillig noch integrationsfähig“; andere Migrantengruppen, wie Vietnamesen oder einige Osteuropäer, hätten weniger Sprachprobleme und integrierten sich besser.

Integration sei eine Bringschuld; „türkische Wärmestuben“ könnten die Stadt nicht voranbringen. Berlin leide insgesamt unter „der 68er-Tradition und dem Westberliner Schlampfaktor“. Es gibt auch das Problem, dass vierzig Prozent aller Geburten in der Unterschicht stattfinden.

Der politisch korrekte Entrüstungssturm kam postwendend. Sein Arbeitgeber, die Bundesbank, distanzierte sich „entschieden“ von seinen angeblich „diskriminierenden Äußerungen“. Die Gewerkschaft „Ver.di“ bezeichnete den SPD-Politiker reflexhaft als „rechtsradikal“, der umtriebige türkische Lobby-Funktionär Kenan Kolat schimpfte „unerhört“. Die Justiz prüft Ermittlungen wegen „Volksverhetzung“. Politiker von CDU, SPD, Grünen und Linken stimmten einträchtig in den Empörungsschrei ein. Unterstützung bekam Sarrazin nur vom Bundesvorsitzenden der Republikaner: „In einer freiheitlichen Demokratie darf es weder Tabus noch Denkverbote geben“, kritisierte Rolf Schlierer die „verlogene politische Korrektheit“ der Sarrazin-Kritiker.

Der Gescholtene, der um seinen Job fürchten muss, entschuldigte sich angesichts des massiven Drucks inzwischen und gelobte „mehr Zurückhaltung“. Mancher, dem er aus dem Herzen sprach, wird das bedauern. Machen Sie sich ihr eigenes Bild: Hat der Ex-Finanzsenator wirklich so unrecht?

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

ZITAT:

Sarrazin spricht Klartext

„In Berlin gibt es stärker als anderswo das Problem einer am normalen Wirtschaftskreislauf nicht teilnehmenden Unterschicht.“

„Eine große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt, deren Anzahl durch falsche Politik zugenommen hat, hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich vermutlich auch keine Perspektive entwickeln. Das gilt auch für einen Teil der deutschen Unterschicht.“

„Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für 70 Prozent der türkischen und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin.“

„Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate. Das würde mir gefallen, wenn es osteuropäische Juden wären, mit einem 15 Prozent höheren IQ als dem der deutschen Bevölkerung.“

„Ich würde einen völlig anderen Ton anschlagen und sagen: ‚Jeder, der bei uns etwas kann und anstrebt, ist willkommen; der Rest sollte woanders hingehen.‘“

Zitiert nach Medienberichten in „Die Welt“, „Die Zeit“, „Junge Freiheit“ u. a.

EU plant Masseneinwanderungsprogramm

Fast unbemerkt ist im Wahlkampf ein weiterer fataler EU-Plan durchgerutscht: Flüchtlinge aus afrikanischen und asiatischen Krisengebieten sollen im Rahmen eines europäischen „Neuansiedlungsprogramms“ auf verschiedene EU-Staaten verteilt werden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat wieder brav dazu genickt.

Die Begründung des Brüsseler Innen-Kommissars Jacques Barrot klingt einigermaßen abenteuerlich: Das EU-Programm werde „den illegalen Migrationsdruck auf Europa verringern“. Wahrscheinlicher ist das Gegenteil – die Aussicht auf leichtere Niederlassung wird noch mehr illegale Einwanderer anziehen.

Nach geltendem Recht ist es Sache der Erstaufnahmeländer, das Asylverfahren durchzuführen, Flüchtlinge ggf. zurückzuschicken.



Das ist vielen zu mühselig. Einige Mittelmeeranrainer wollen deshalb ihre Verpflichtungen aus der Drittstaatenregelung abschütteln und illegale Einwanderer an die großen Mitgliedsstaaten durchreichen. Die EU-Kommission unterstützt sie dabei, unter anderem mit Barrots „Neuansiedlungsprogramm“, das nichts anderes bedeutet, als eine Aushöhlung geltender restriktiver Asylregeln.

Die Bundesregierung sollte sich ein Beispiel an unseren ös-

terreichischen Nachbarn nehmen: Die Wiener Innenministerin Maria Fekter verbat sich diese Zumutung vehement. Statt neue Gesetzesvorschläge zu bringen, solle Brüssel lieber geltendes Recht durchsetzen. Österreich werde jedenfalls an dem Programm nicht teilnehmen, weil das Land ohnehin bereits unter erheblichem Migrationsdruck stehe.

Solch eine Innenministerin hätten wir auch gerne.

Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

**RICHTIGE
EHRliche
POLITIK**

Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlanstrengungen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative:

DIE REPUBLIKANER REP

Spendenkonto Nr. 387 450 460, Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46)

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!

Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:



Die Republikaner, Bundesverband
Postfach 52 01 29, 48087 Münster

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 87 02 10, 13162 Berlin
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.)
Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: M. Ewert